

1. März 2007

BMF-010304/0010-IV/8/2007

An

Bundesministerium für Finanzen

Zollämter

Steuer- und Zollkoordination, Fachbereich Zoll und Verbrauchsteuern

Steuer- und Zollkoordination, Produktmanagement

### **GK-0420, Arbeitsrichtlinie Kraftfahrlinienverkehr**

Die Arbeitsrichtlinie Kraftfahrlinienverkehr (GK-0420) stellt einen Auslegungsbehelf zu den von den Zollämtern und Zollorganen zu vollziehenden Regelungen des Kraftfahrlineiengesetzes dar, der im Interesse einer einheitlichen Vorgangsweise mitgeteilt wird.

Über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Rechte und Pflichten können aus dieser Arbeitsrichtlinie nicht abgeleitet werden.

Bei Erledigungen haben Zitierungen mit Hinweisen auf diese Arbeitsrichtlinie zu unterbleiben.

Bundesministerium für Finanzen, 1. März 2007

## 0. Einführung

### 0.1. Rechtsgrundlagen

Die im grenzüberschreitenden Kraftfahrlinienverkehr mit in Österreich, in EU oder in EWR-Staaten oder in Drittstaaten zugelassenen Kraftfahrzeugen zu kontrollierenden Rechtsvorschriften sind

1. das Bundesgesetz über die linienmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen (Kraftfahrliniengesetz - KfllG), BGBl. I Nr. 203/1999;
2. die Verordnung (EWG) Nr. 684/92 des Rates zur Einführung gemeinsamer Regeln für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen, [ABl. EG Nr. L 74 vom 20.3.1992 S. 1](#);
3. die Verordnung (EG) Nr. 12/98 des Rates über die Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Personenkraftverkehr innerhalb eines Mitgliedstaates, in dem sie nicht ansässig sind, [ABl. EG Nr. L 4 vom 8.1.1998 S. 10](#);
4. die Verordnung (EG) Nr. 2121/98 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zu den Verordnungen (EWG) Nr. 684/92 und (EG) Nr. 12/98 des Rates hinsichtlich der Beförderungsdokumente für den Personenverkehr mit Kraftomnibussen, [ABl. EG Nr. L 268 vom 3.10.1998 S. 10](#);
5. das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße, [ABl. EG Nr. L 114 vom 30.04.2002 S. 91](#).

## 1. EU/EWR-Bereich, Schweiz

Die nachstehenden Regelungen für die grenzüberschreitende Personenbeförderung und Kabotagebeförderung, die von im EU/EWR-Raum oder in der Schweiz niedergelassenen Personenverkehrsunternehmen durchgeführt werden, gelten für Verkehrsdienste, deren Endhaltestellen auf dem Staatsgebiet von Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder des EWR oder der Schweiz liegen.

Der EU/EWR-Bereich umfasst folgende Länder:

- Belgien
- Bulgarien

- Deutschland
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Großbritannien
- Irland
- Island
- Italien
- Lettland
- Liechtenstein
- Litauen
- Luxemburg
- Malta
- Niederlande
- Norwegen
- Österreich
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Schweden
- Slowakei
- Slowenien
- Spanien

- Tschechien
- Ungarn
- Zypern.

## **1.1. Begriffsbestimmungen**

### **1.1.1. Linienverkehr**

(1) Als Linienverkehr gilt die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsverbindung, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können. Der Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Buchungspflicht für jedermann zugänglich.

(2) Als Linienverkehr gilt unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen, unter Ausschluss anderer Fahrgäste, auf einer bestimmten Verkehrsverbindung, wobei die Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden. Solche Verkehrsdienste werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet. Zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählen insbesondere:

- a) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte;
- b) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt;
- c) die Beförderung von Angehörigen der Streitkräfte und ihren Familien zwischen Herkunftsland und Stationierungsort.

Die Regelmäßigkeit der Sonderformen des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, dass der Ablauf der Fahrten wechselnden Bedürfnissen der Nutzer angepasst wird.

### **1.1.2. Linienfahrzeuge**

(1) Als Linienfahrzeuge gelten

- a) Omnibusse,
- b) Omnibusanhänger und
- c) Gelenkkraftfahrzeuge,

die nach ihrer Bauart und Ausstattung geeignet sind, mehr als neun Personen – einschließlich des Fahrers – zu befördern.

### **1.1.3. Fahrausweispflicht**

(1) Fahrgäste, die einen Kraftfahrlinienverkehr – mit Ausnahme der Sonderformen des Linienverkehrs – benützen, müssen während der gesamten Fahrt einen Einzel- oder Sammel-fahrausweis mit sich führen, der folgende Angaben enthält:

- den Abfahrts- und Zielort sowie gegebenenfalls die Rückfahrt,
- die Gültigkeitsdauer des Fahrausweises sowie
- den Beförderungspreis.

(2) Die Fahrausweise müssen den Kontrollorganen auf Verlangen vorgewiesen werden.

### **1.1.4. Kabotage**

Kabotage ist die gewerbliche innerstaatliche Personenbeförderung mit Kraftomnibussen in einem anderen Mitgliedstaat, ohne in diesem Mitgliedstaat einen Unternehmenssitz oder eine andere Niederlassung zu haben.

## **1.2. Linienverkehr im EU/EWR-Bereich und der Schweiz**

### **1.2.1. Genehmigungspflicht**

(1) Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 des Rates zur Einführung gemeinsamer Regeln für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 11/98 bedürfen der Linienverkehr und die Sonderformen des Linienverkehrs, die zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmen nicht vertraglich geregelt sind, einer Genehmigung.

(2) Die Erteilung dieser Genehmigung obliegt der zuständigen Behörde (Genehmigungsbehörde) des Mitgliedstaates, in dessen Hoheitsgebiet sich der Ausgangspunkt (eine der Endhaltestellen des Verkehrsdienstes) befindet. In Österreich ist der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie zuständige Behörde.

(3) Die Genehmigung hat dem Muster in Anlage 1 zu entsprechen. Sie wird auf den Namen des Verkehrsunternehmers ausgestellt und ist nicht übertragbar. Weitere an diesem Verkehr teilnehmende Unternehmen sowie Unterauftragnehmer sind in der Genehmigung oder in einem Anhang zur Genehmigung angeführt. Der Verkehr darf ausschließlich von einem in der Genehmigung angeführten Unternehmer durchgeführt werden.

### **1.2.2. Gemeinschaftslizenz**

(1) Gemäß Artikel 3a der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 muss jeder Verkehrsunternehmer für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Omnibussen im Besitz einer Gemeinschaftslizenz (Muster in Anlage 2) sein. Diese Lizenz wird von der zuständigen Behörde des EU- bzw. EWR Mitgliedstaates jedem gewerblichen Personenkraftverkehrsunternehmer erteilt, der

- a) in einem EU-Mitgliedstaat oder in einem EWR-Mitgliedstaat niedergelassen ist und dort die Genehmigung für Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen im Linienverkehr, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, oder im Gelegenheitsverkehr erhalten hat oder
- b) in einem dieser Staaten gemäß dessen Rechtsvorschriften über den Zugang zum Beruf des Personenkraftverkehrsunternehmers zum innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehrsberechtigt ist.

(2) In Österreich wird die Gemeinschaftslizenz für den Linienverkehr vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und für den Gelegenheitsverkehr vom zuständigen Landeshauptmann ausgestellt.

(3) Jeder Inhaber einer solchen Gemeinschaftslizenz erhält von der ausstellenden Behörde das Original sowie so viele beglaubigte Kopien, als ihm Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Die Gemeinschaftslizenzen werden jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren ausgestellt und können verlängert werden.

### **1.2.3. KABOTAGE**

#### **1.2.3.1. Kabotageverbot**

Abgesehen von den Fällen des Abschnittes 1.2.3.2. ist die Kabotage (Abschnitt 1.1.4.) gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 12/98 verboten.

#### **1.2.3.2. Kabotagefreiheit**

(1) Jeder gewerbliche Personenkraftverkehrsunternehmer, der Inhaber einer Gemeinschaftslizenz (Abschnitt 1.2.2.) ist, ist unter den in den folgenden Absätzen enthaltenen Voraussetzungen berechtigt, Kabotagebeförderungen durchzuführen. (Dies gilt nicht für in der Schweiz niedergelassene Personenverkehrsunternehmer.)

(2) Gemäß Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 12/98 ist die Kabotagebeförderung für folgende Verkehrsdienste zugelassen:

- a) Sonderformen des Linienverkehrs (Abschnitt 1.1.1. Abs. 2), sofern sie zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmer vertraglich geregelt sind;
- b) alle Gelegenheitsverkehre (Abschnitt 3.1. Abs. 1);
- c) Linienverkehre (Abschnitt 1.1.1. Abs. 1), sofern diese von einem in Österreich nicht ansässigen Verkehrsunternehmen im Rahmen eines grenzüberschreitenden Linienverkehrsdienstes durchgeführt werden. Die Kabotagebeförderung darf nicht unabhängig von diesem grenzüberschreitenden Verkehrsdienst durchgeführt werden.

(2) Als Nachweise sind mitzuführen:

- in den Fällen des Abs. 2 lit. a die Gemeinschaftslizenz (Abschnitt 1.2.2.), eine Kopie des Beförderungsvertrages und ein Fahrtenblatt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2121/98 der Kommission (Muster Anlage 5), das als monatliche Aufstellung zu führen ist;
- in den Fällen des Abs. 2 lit. b die Gemeinschaftslizenz (Abschnitt 1.2.2.) und das oben zitierte Fahrtenblatt;
- in den Fällen des Abs. 2 lit. c die Gemeinschaftslizenz (Abschnitt 1.2.2.) und eine Genehmigung der zuständigen Behörde. Die Fahrgäste müssen während der gesamten Fahrt einen Einzel- oder Sammelfahrausweis mit sich führen (siehe Abschnitt 1.1.3).

## 2. Drittstaatenbereich

Die nachstehenden Regelungen für die grenzüberschreitende Personenbeförderung, die von im EU/EWR-Raum oder in der Schweiz oder in Drittstaaten niedergelassenen Personenverkehrsunternehmern durchgeführt werden, gelten für Verkehrsdienste, bei denen zumindest eine Endhaltestelle in einem Drittstaat liegt.

### 2.1. Begriffsbestimmungen

Siehe Abschnitt 1.1.

**Hinweis:** Im Gegensatz zum EU-Regime fallen die dort als „Sonderformen des Linienverkehrs“ genannten Verkehre hier unter das österreichische Gelegenheitsverkehrsge-  
setz.

## **2.2. Kraftfahrlinienverkehre mit mindestens einem Endpunkt in einem Drittstaat (EU/EWR-Nichtmitgliedstaat)**

### **2.2.1. Konzessionspflicht**

- (1) Gemäß § 1 Abs. 3 Kraftfahrliniengesetz bedarf der innerstaatliche und grenzüberschreitende Kraftfahrlinienverkehr einer Konzession, der grenzüberschreitende Kraftfahrlinienverkehr, dessen Endhalttestellen auf dem Staatsgebiet der EU oder des EWR oder der Schweiz liegen, bedarf einer dieser gleichzuhaltenden Genehmigung.
- (2) Die Erteilung der Konzessionen für grenzüberschreitende Kraftfahrlinienverkehre obliegt dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie.
- (3) Die Konzession hat dem Muster in Anlage 3 zu entsprechen. Sie wird auf den Namen des Verkehrsunternehmers ausgestellt und ist nicht übertragbar.
- (4) Die Konzessionsurkunde ist im Original (blaue Urkunde) oder in einer von der Genehmigungsbehörde ausgegebenen Gleichschrift (ebenfalls blau) im Fahrzeug mitzuführen. Die Verwendung von beglaubigten wie auch von nicht beglaubigten Abschriften ist verboten. Werden dennoch beglaubigte Abschriften anlässlich der Abfertigung vorgelegt, so sind diese einzuziehen und der Abteilung ST 7 des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie zu übermitteln. Nicht beglaubigte, offensichtlich gefälschte oder verfälschte Urkunden sind jedenfalls abzunehmen und der Abteilung ST 7 des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie zu übermitteln.
- (5) Wird ein Antrag auf Wiedererteilung einer Konzession zum Betrieb einer internationalen Kraftfahrlinie bei der Konzessionsbehörde verspätet eingebracht, so wird zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Verkehrs die Wiedererteilung vorläufig für die restliche Dauer des Verfahrens mit Bescheid unter Anwendung des § 57 AVG genehmigt. Da es sich um eine bloß vorläufige und überdies kurzfristige Konzession handelt, wird keine Konzessionsurkunde ausgestellt. Das Original oder (ausnahmsweise) eine Kopie des Bescheides (Muster siehe Anlage 4) gilt während des Geltungszeitraumes vorübergehend als Kontrolldokument.
- (6) Das Kraftfahrlinienrecht – auf das die Gewerbeordnung 1994 nicht anzuwenden ist – kennt keine Verpachtung der Konzession. Die Übertragung der Führung des Betriebes einer Kraftfahrlinie an einen anderen Personenkraftverkehrsunternehmer ist nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig und immer aus der Konzessionsurkunde ersichtlich. Der Be-



triebsführer weist sich daher mit der Konzessionsurkunde des Konzessionsinhabers aus. Er verfügt über keinen Fahrauftrag.

(7) Der Konzessionsinhaber kann andere Personenkraftverkehrsunternehmer sowohl mit der gelegentlichen oder regelmäßigen Führung einzelner Kurse als auch mit der Führung aller zum Betrieb der Kraftfahrlinie erforderlichen Kurse beauftragen.

- Die gelegentliche oder regelmäßige Führung einzelner Kurse bedarf keiner Genehmigung durch die Konzessionsbehörde. Im grenzüberschreitenden Kraftfahrlinienverkehr hat der Auftragnehmer einen Fahrauftrag des Konzessionsinhabers und die Konzessionsurkunde mitzuführen.
- Die Führung aller zum Betrieb der Kraftfahrlinie erforderlichen Kurse bedarf der Genehmigung durch die Konzessionsbehörde. Der Auftragnehmer weist sich daher mit der Konzessionsurkunde des Konzessionsinhabers aus und ist immer aus dieser Konzessionsurkunde ersichtlich.

### **3. Abgrenzungsfragen**

#### **3.1. Verhältnis zum Personengelegenheitsverkehr**

(1) Der Gelegenheitsverkehr im Sinne des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes umfasst die gewerbsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen, ausgenommen die gewerbsmäßige Beförderung von Personen im Kraftfahrlinienverkehr auf Grund des Kraftfahrliniengesetzes. Der Gelegenheitsverkehr umfasst daher Pendelverkehre, Rundfahrten mit geschlossenen Türen, Absetzfahrten und Abholfahrten (siehe Arbeitsrichtlinie Personengelegenheitsverkehr im Nicht-EU/EWR-Bereich, GK-0410) und alle sonstigen nicht unter den Begriff „Kraftfahrlinienverkehr“ fallenden gewerbsmäßigen Beförderungen von Personen mit Kraftfahrzeugen.

(2) Grundsätzlich gelten im Gelegenheitsverkehr auf der Straße im Nicht-EU/EWR-Bereich die Vorschriften der Arbeitsrichtlinie Personengelegenheitsverkehr im Nicht-EU/EWR-Bereich, GK-0410.

(3) Wird im Zuge der Kontrollen festgestellt, dass die Angaben auf der Genehmigung nicht mit jenen im Fahrtenheft übereinstimmen bzw. geht aus der Kontrolle der Personenlisten hervor, dass zwar ein Gelegenheitsverkehr durchgeführt wird, jedoch ein anderer als der auf der Genehmigung angegebene Gelegenheitsverkehr, so ist die vorgewiesene Genehmigung für den Verkehr nicht gültig, der tatsächlich durchgeführt wird. In so einem Fall ist Anzeige an die örtlich zu ständige Bezirksverwaltungsbehörde zu erstatten.

### **3.2. „Graue“ oder „versteckte“ Kraftfahrlinienverkehre**

(1) Da sowohl der Betriebsführer als auch der Auftragnehmer über eine Konzessionsurkunde des Kraftfahrlinienunternehmers verfügen müssen, sind „versteckte“ Kraftfahrlinienverkehre nur in der Form denkbar, dass sie versuchen, sich fälschlicherweise als Gelegenheitsverkehre auszugeben. Es wird somit ein Gelegenheitsverkehr vorgegeben, obwohl tatsächlich Fahrgäste kraftfahrlinienmäßig (also unter Einzelvergabe der Sitzplätze) rekrutiert werden (und nicht eine vorab gebildete Personengruppe befördert wird) und Fahrpläne existieren, z.B. auf der Rückseite von Visitenkarten oder auf Werbematerial (auch wenn diese nicht gesetzeskonform sind).

(2) Diese „versteckten“ Kraftfahrlinienverkehre versuchen sich als „Gelegenheitsverkehre“ mit einer Bewilligung gemäß § 11 Gelegenheitsverkehrs-Gesetz bzw. einer Kontingentgenehmigung sowie einem Fahrtenheft samt Fahrgastliste auszuweisen. Dies bereitet bei der ersten Fahrt keine Schwierigkeiten. Da die Fahrgäste aber am Zielort aussteigen und mit demselben Omnibus gar nicht (oder höchstens zum geringen Teil) wieder zum Ausgangspunkt zurückfahren, befinden sich bei der zweiten Fahrt zur Gänze oder überwiegend andere Fahrgäste im Omnibus. Hierdurch unterscheiden sie sich von regulären Gelegenheitsverkehren, die – von Todes- oder Krankheitsfällen abgesehen – bei der Rückfahrt denselben Personenkreis befördern (bei Pendelverkehren mit zeitlicher Verschiebung).

## **4. Kontrolle**

(1) Im Hinblick auf § 48 Abs. 1 des Kraftfahrliniengesetzes haben die Zollorgane Kontrollen zur Überwachung der Einhaltung der Verordnung (EWG) Nr. 684/82 und der Verordnung (EG) Nr. 12/98 durchzuführen.

(2) Die jeweils mitzuführenden Dokumente sind dem Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzuzeigen.

(3) Abgesehen von den Befugnissen nach dem ZollR-DG sind die Zollorgane als Kontrollberechtigte im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 befugt

- Bücher und sonstige Geschäftsunterlagen des Unternehmens zu prüfen,
- an Ort und Stelle Kopien oder Auszüge der Bücher oder Unterlagen anzufertigen,
- sich Zugang zu allen Gebäuden, Grundstücken und Fahrzeugen des Unternehmens zu verschaffen sowie

- sich sämtliche Auskünfte aus Büchern, Unterlagen und Datenbanken zugänglich machen zu lassen.

(4) Wird bei der Kontrolle eines Omnibusses festgestellt, dass ein mitzuführendes Dokument mangelhaft ist oder fehlt oder eine Voraussetzung für die Genehmigungsfreiheit nicht erfüllt ist, ist Anzeige an die örtlich zuständige Bezirksverwaltungsbehörde zu erstatten, sofern der Mangel nicht behoben werden kann. Die Weiterfahrt ist jedoch zu gestatten. Eine Durchschrift der Anzeige ist an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung II/ST7, Hetzgasse 2, 1030 Wien, zu übermitteln.

(5) Werden gegen Maßnahmen, die auf Grund dieser Arbeitsrichtlinie ergriffen wurden, Beschwerden, Einwendungen u. dgl. erhoben und treten im Zuge der Erledigung derartiger Anbringen Zweifelsfragen auf, die vom Zollamt nicht ausreichend geklärt werden können, ist durch Rückfrage im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (Hertzgasse 2, 1030 Wien, Tel.: 01/7110 – 5458) eine entsprechende Klärung herbeizuführen.

(6) Aus Gründen des schnelleren Informationsflusses besteht gegen die Entgegennahme von direkten Weisungen im Gegenstand durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie kein Einwand.

**Anlage 1****Genehmigung für Linienverkehre zwischen Mitgliedstaaten**

**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
- A -

**Bundesministerium für Verkehr,  
Innovation und Technologie**  
1030 Wien, Hetzgasse 2

**GENEHMIGUNG Nr. BMVIT-243.524/0003-II/ST7/2006**  
**eines Linienverkehrs**  
**mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten, erteilt**  
**aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 684/92**

für Blaguss GesmbH

(Name und Vorname oder Firmenbezeichnung des Inhabers bzw. des geschäftsführenden Unternehmens einer Unternehmensvereinigung)

Anschrift: Richard Strauss-Straße 32, 1232 W i e n

Tel. ++43 1 610 90-0 Fax: ++41 1 610 90-125

Die Genehmigung erlischt am: 31. Dezember 2010

Wien, am 13. März 2006

(Ort und Tag der Erteilung)

Für den Bundesminister:

*i.v. Jaus*

(Unterschrift und Stempel der

Behörde, die die Genehmigung erteilt)

Belgien (B), Dänemark (DK), Deutschland (D), Estland (EST), Finnland (FIN), Frankreich(F), Griechenland (GR), Irland (IRL), Italien (I), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (L), Malta (M), Niederlande (NL), Österreich (A), Polen (PL), Portugal (P), Schweden (S), Slowakei (SK), Slowenien (SLO), Spanien (E), Tschechien (CZ), Ungarn (H), Vereinigtes Königreich (UK), Zypern (CY)

## 1. Streckenführung:

- a) Ausgangsort des Verkehrsdienstes: Neusiedl am See  
 b) Zielort des Verkehrsdienstes: Szombathely  
 c) Hauptstreckenführung des Verkehrsdienstes, wobei die Orte, an denen Fahrgäste aufgenommen oder abgesetzt werden, unterstrichen sind:

Neusiedl am See, Rathaus - B 51 - B 50 - Jois, Gh Steinwandner - B 50 - Winden, Gh Kugler - B 50 - Breitenbrunn, Gh Türkenr. - B 50 - Purbach, Gh Türkentor - B 50 - Donnerskirchen - B 50 - Schützen am Gebirge, Trafik - L 210 - Oslip, Gh Sitter - L 210 - B 52 - St. Margarethen, Hauptplatz - B 52 - Trausdorf, PA - B 52 - B 50 - L 317 - St. Georgen - L 317 - B 50 - Eisenstadt, Oberberg (Neusiedler Straße - Odenburger Straße - Ruster Straße - Esterhazystraße - Kalvarienbergplatz) - B 50 - B 16 - Wulkaprodersdorf - L 16 - L 212 - Siegersdorf - L 212 - B 16 - Klingenbach, PA - B 16 - österreichisch/ungarische Staatsgrenze bei Klingenbach - Sopron Autobusbahnhof - Balf, Thermalbad - Csepreg, Hauptplatz - Bük, Thermalbad - Acsad - Szombathely, Autobusbahnhof

## 2. Dauer des Verkehrsdienstes : ganzjährig

## 3. Häufigkeit : siehe Anlage 1

## 4. Fahrplan: siehe Anlage 1

## 5. Sonderformen des Linienverkehrs:

- Fahrgastkategorie:

## 6. Besondere Bedingungen oder Bemerkungen:

1. Es dürfen nur Omnibusse mit einer Länge von 12 m eingesetzt werden.
2. Das Umkehren mit Bussen darf ausschließlich nur im Vorwärtsgang erfolgen

(Stempel der Genehmigungsbehörde)



## Wichtiger Hinweis

1. Diese Genehmigung gilt für die gesamte Fahrtstrecke. Sie darf nicht von einem Unternehmen verwendet werden, dessen Namen darauf nicht genannt ist.
2. Die Genehmigung oder eine von der Genehmigungsbehörde beglaubigte Durchschrift ist während der gesamten Dauer der Fahrt im Fahrzeug mitzuführen und den Kontrollberechtigten auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen.
3. Eine beglaubigte Kopie der Gemeinschaftslizenz ist im Fahrzeug mitzuführen.



## Anlage 2

# Lizenz für den gewerblichen grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

A

Bundesministerium für Verkehr,  
Innovation und Technologie

**LIZENZ Nr. 019**

**für den gewerblichen grenzüberschreitenden Personenverkehr mit  
Kraftomnibussen**

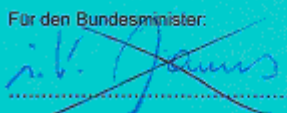
Der Inhaber dieser Lizenz (2) **Reisebüro - Busreisen  
Glas Günther GmbH Linie  
Brunnwies 25, 4780 Schärding**

ist zu den in der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 des Rates vom 16. März 1992, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 11/98, festgelegten Bedingungen sowie nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen dieser Lizenz im Gebiet der Gemeinschaft zum gewerblichen grenzüberschreitenden Personenkraftverkehr zugelassen.

Besondere Bemerkungen: .....

Diese Lizenz gilt vom **12. Februar 2006** bis **11. Februar 2011**


Ausgestellt in Wien, am 20. April 2006

Für den Bundesminister:  
 (3)

Belgien (B), Dänemark (DK), Deutschland (D), Estland (EST), Finnland (FIN), Frankreich (F), Griechenland (GR), Irland (IRL), Italien (I), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (L), Malta (M), Niederlande (NL), Österreich (A), Polen (PL), Portugal (P), Schweden (S), Slowakei (SK), Slowenien (SI), Spanien (E), Tschechien (CZ), Ungarn (H), Vereinigtes Königreich (UK), Zypern (CY)

(1) Name oder Firmenbezeichnung und vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers

(2) Unterschrift und Stempel der ausstellenden Behörde oder Stelle



## Allgemeine Bestimmungen

1. Diese Lizenz wird erteilt aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 84/92 des Rates vom 19. März 1982 zur Einführung gemeinsamer Regeln für den grenzüberschreitenden Personennahverkehr mit Kraftfahrzeugen in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 11/93.

2. Diese Lizenz wird von den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats erteilt, in dem der gewerbliche Verkehr zu den ersten mal eingeleistet ist, der:

- im Niederlassungsstaat die Genehmigung für Personennahverkehrsmittel mit Kraftomnibussen im Linienverkehr, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs oder im Gelegenheitsverkehr erhalten hat.

- die Verkehrsbedingungen der gemeinsamen Nachbarschaften über den Zugang zum Dienst des Personennahverkehrsunternehmens im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr erfüllt und

- die Rechtsvorschriften über die Sicherheit im Straßenverkehr für Fahrer und Fahrzeuge erfüllt.

3. Diese Lizenz ermöglicht die Durchführung gewerblicher grenzüberschreitender Personennahverkehrsmittel mit Kraftomnibussen auf allen Verkehrsverbindungen im Gebiet der Gemeinschaft:

- wobei Ausgangs- und Bestimmungsort sich in zwei verschiedenen Mitgliedstaaten befindet, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten oder Drittstaaten,

- von einem Mitgliedstaat in einen Drittstaat und umgekehrt, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten oder Drittstaaten

- zwischen Drittstaaten, mit Transit durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten.

dem zu bestimmten im Staatsinneren gelegenen Verkehrsbereichen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 84/92.

Bei Beförderungen von einem Mitgliedstaat in einen Drittstaat und umgekehrt gilt für die Fahrtstrecke im dem Drittlandsgebiet des Mitgliedstaats, in dem die Fahrt beginnt oder abgesetzt wird, die Verordnung (EWG) Nr. 84/92, abgesehen des ersten Abkommens zwischen der Gemeinschaft und dem betreffenden Drittstaat geschlossen worden ist.

4. Diese Lizenz wird auf den Namen des Inhabers ausgestellt und ist nicht übertragbar.

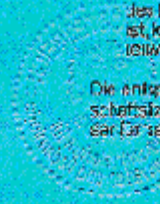
5. Diese Lizenz kann nur, der zuständigen Behörde des ausstellenden Mitgliedstaats schriftlich durch den eingegangenen worden, wenn:

- der Verkehrsunternehmer die Bedingungen des Artikels 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 84/92 nicht mehr erfüllt,

- die für die Erteilung oder Verlängerung der Gemeinschaftslizenz wesentlichen Angaben des Verkehrsunternehmers unrichtig waren,

- der Verkehrsunternehmer einen schwerwiegenden Verstoß oder wiederholte geringfügige Verstöße gegen die Vorschriften über die Sicherheit im Straßenverkehr (insbesondere die Bestimmungen betreffend die Fahrzeuge, die Fahrer und die Fahrer der Fahrer und die Durchführung von speziellen einzelstaatlichen Verkehrsmaßnahmen nach Artikel 2 Nummer 1.3 der Verordnung (EWG) Nr. 84/92 ohne entsprechende Genehmigung begangen hat. Die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem der Verkehrsunternehmer, der die Verstöße begangen hat, ansässig ist, können insbesondere den Entzug der Gemeinschaftslizenz oder einen befristeten und/oder teilweisen Entzug von beglaubigten Kopien der Gemeinschaftslizenz verfügen.

Die entsprechenden Sanktionen bestimmen sich nach der Schwere, die vom Inhaber der Gemeinschaftslizenz begangenen Verstöße und nach der Gesamtzahl der beglaubigten Kopien über die die-  
sen für grenzüberschreitenden Verkehrslizenz verfügt.





6. Das Original der Lizenz ist vom Verkehrsunternehmer aufzubewahren. Eine beglaubigte Kopie der Lizenz ist im Fahrzeug, das im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt wird, mitzuführen.
7. Diese Lizenz ist den Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzulegen.
8. Der Lizenzinhaber hat im Hoheitsgebiet eines jeden Mitgliedstaats die im jeweiligen Staat geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere für den Straßenverkehr zu beachten.
9. Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können. Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Verpflichtung zur Buchung für jedermann zugänglich.

Eine Anpassung der Beförderungsbedingungen eines solchen Verkehrsdienstes beeinträchtigt nicht seinen Charakter als Linienverkehr.

Linienverkehr ist genehmigungspflichtig.

Sonderformen des Linienverkehrs sind die regelmäßige Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluss anderer Fahrgäste auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können.

Zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählen insbesondere

- a) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte,
- b) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt,
- c) die Beförderung von Angehörigen der Streitkräfte und ihren Familien zwischen Wohnort und Stationierungsort.

Die Regelmäßigkeit der Sonderformen des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, daß der Ablauf wechselnden Bedürfnissen der Nutzer angepaßt wird.

Sonderformen des Linienverkehrs sind nicht genehmigungspflichtig, sofern sie durch einen Vertrag zwischen Veranstalter und Verkehrsunternehmen abgedeckt sind.

Die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die auf die Benutzer der bestehenden Liniendienste ausgerichtet sind, ist genehmigungspflichtig.

Gelegenheitsverkehr ist der Verkehrsdienst, der nicht der Begriffsbestimmung des Linienverkehrs, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, entspricht und für den insbesondere kennzeichnend ist, daß auf Initiative eines Auftraggebers oder des Verkehrsunternehmers selbst vorgegebene Fahrgastgruppen befördert werden. Die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die bestehenden Liniendiensten vergleichbar und auf deren Benutzer ausgerichtet sind, unterliegt der Pflicht zur Genehmigung nach dem in Abschnitt II der Verordnung (EWG) Nr. 854/92 festgelegten Verfahren. Diese Dienste verlieren die Eigenschaft des Gelegenheitsverkehrs auch dann nicht, wenn sie mit einer gewissen Häufigkeit durchgeführt werden.

Gelegenheitsverkehr ist nicht genehmigungspflichtig.\*






**Anlage 3****Konzessionsurkunde**

**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
Bundesministerium für Verkehr,  
Innovation und Technologie

GZ. BMVIT-243.326/0003-III/ST7/2008



**KONZESSIONSURKUNDE**

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bescheinigt hiermit gemäß § 19 Abs. 2 Kraftfahrlineiengesetz, BGBl. I Nr. 203/99, dass die Firma

**Austratrans Kraftfahrlineienbetriebsges.mbh**  
Richard Strauss-Straße 32, 1232 W i e n

(betriebsführende Unternehmen:  
Blaguss Reisen GmbH  
Euro Tours Klauhsacker GmbH & CO KG


(**Auftragnehmer:** Kosta Dobrnjac  
Lichtensteinstraße 86/7, 1080 W i e n)

die Konzession zum Betrieb der österreichischen Teilstrecke

**Wien, Sbf. Bus Terminal** - Arsenalstraße - Landstraßer Gürtel - Auffahrt Knoten Landstraße - A 23 - A 2 - Knoten Graz-Ost - Ulrich von Liechtenstein Straße - Conrad von Hötzendorf Straße - Bahnhofgürtel - Europaplatz - Graz, **Hauptbahnhof** - Europaplatz - Bahnhofgürtel - Eggenberggürtel - Kärntner Strasse - Autobahnauffahrt Graz-Webbing - A 9 - österreichisch/slowenische Staatsgrenze bei Spielfeld

der internationalen Kraftfahrline Wien - Sarajevo

bis zum 21. Mai 2008 besitzt.

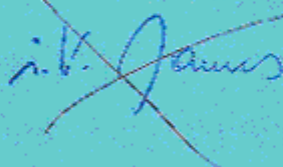


Für die Ausübung der Konzession bestehen die nachstehenden Auflagen:

1. Fahrgäste dürfen nur von Österreich nach Bosnien-Herzegowina bzw. umgekehrt befördert werden.
2. Die Kraftfahrline ist ganzjährig mit 1 Kurspaar täglich zu betreiben.
3. Die Kraftfahrline darf nur betrieben werden, wenn für sämtliche Teilstrecken Konzessionen (Genehmigungen) durch die zuständigen Konzessions-(Genehmigungs-)behörden erteilt wurden.
4. Ein Original der Konzessionsurkunde ist bei jeder Linienfahrt im Bus mitzuführen und auf Verlangen hiezu berechtigter Kontrollorgane vorzuweisen.
5. Die Kraftfahrline ist gemäß dem vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zur Kenntnis genommenen Fahrplan zu betreiben. Der Fahrplan ist bei jeder Linienfahrt im Bus mitzuführen und auf Verlangen hiezu berechtigter Kontrollorgane vorzuweisen.
6. Bis Ende Februar ist für das abgelaufene Kalenderjahr Meldung an die Konzessionsbehörde zu erstatten über:
  - 1) Art und Anzahl der verwendeten Fahrzeuge
  - 2) die im Linienverkehr zurückgelegten Fahrkilometer
  - 3) die Anzahl der beförderten Personen

Wien, am 7. März 2006

Für den Bundesminister:



**Anlage 4****Bescheid gemäß § 57 AVG**

 <p><b>BMVIT - IVST7 (Personenverkehr)</b> Postfach 3000 Stubenring 1, 1011 Wien email: st7@bmvit.gv.at</p>	 <p><b>Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie</b></p>
<p>GZ: BMVIT-840.059/0002-II/ST7/2005    DVR: 0000175</p>	
<p>Infrastruktur</p>	
<p>An Favorit Reisen GmbH Katzensteige 22 74076 Heilbronn DEUTSCHLAND</p>	
<p>Wien, am 21. März 2005</p>	
<p>Betr.: Favorit Reisen GmbH, intern. Kfl. Karlsruhe - Bukarest, vorläufige Wiedererteilung der Konzession für die österreichische Teilstrecke.</p>	
<p><b>Bescheid</b></p> <hr/>	
<p>Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie erteilt über Antrag vom 15. März 2005 der Firma</p>	
<p>Favorit Reisen GmbH Katzensteige 22 D - 74076 Heilbronn</p>	
<p>gemäß §§ 1, 3 und 7 Abs. 1 Z 1 bis 3 und 29 Abs. 1 Kraftfahrlineiengesetz, BGBl. I Nr. 203/99, in Verbindung mit § 57 Abs. 1 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, BGBl. Nr. 51, neu- erlich die</p>	
<p>Konzession</p>	
<p>zum Betrieb der österreichischen Teilstrecke</p>	
<p>deutsch/österreichische Staatsgrenze am Walserberg - A 1 - A 21 - A 2 - A 23 - A 4 - österrei- chisch/ungarische Staatsgrenze bei Nickelsdorf</p>	
<p>der internationalen Kraftfahrlinie Karlsruhe - Bukarest.</p>	
<p>Gemäß § 15 Abs. 1 KflG wird diese Konzession bis zum Abschluss des mit Schreiben vom 18. Februar 2005 eingeleiteten Ermittlungsverfahrens, längstens jedoch bis zum 21. September 2005 erteilt.</p>	
<p>info@bmvit.gv.at www.bmvit.gv.at</p>	<p><i>Dynamik mit Verantwortung</i></p>



Gemäß § 16 Abs. 1 und 2 leg.cit. werden folgende

#### Auflagen

vorgeschrieben:

1. Österreichisches Staatsgebiet darf ausschließlich transitiert werden.
2. Die Kraftfahrlinie darf nur betrieben werden, wenn für sämtliche Teilstrecken Konzessionen (Genehmigungen) durch die zuständigen Konzessions-(Genehmigungs-) behörden erteilt wurden.

#### Begründung

Da der Antrag auf Wiedererteilung der mit 20. Februar 2005 befristeten Konzession verspätet übermittelt wurde und schon auch das unter einem eingeleitet Ermittlungsverfahren nicht rechtzeitig abgeschlossen werden kann, machte die Konzessionsbehörde von der in § 57 Abs. 1 AVG gebotenen Möglichkeit Gebrauch, eine aufhebend bedingte Konzession bis zum Abschluss des Ermittlungsverfahrens, längstens jedoch bis zum 21. September 2005 zu erteilen.

#### Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann gemäß § 57 Abs. 2 AVG beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zwei Wochen nach Zustellung des Bescheides Vorstellung erhoben werden.

Ergeht an:

1. Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 W i e n
2. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte  
Prinz Eugen-Straße 20 - 22, 1041 W i e n
3. Präsidentenkonferenz der Land-  
wirtschaftskammern Österreichs  
Schaufelgasse 6, 1014 W i e n
4. Österreichischer Landarbeiterkammertag  
Marco d'Aviano-Gasse 1, 1015 W i e n

*Dynamik mit Verantwortung*

2



5. ÖBB-Personenverkehr AG  
Praterstern 3, 1020 Wien

Für den Bundesminister:  
Mag. Bettina Huber

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Bettina Huber', is written over the printed name.

elektronisch gefertigt

Ihre Sachbearbeiterin:  
Sylvia Janus  
Tel.: 71100-5458, Fax-DW: 15863  
Sylvia.Janus@bmvit.gv.at



**Anlage 5****Fahrtenheft**

Deckblatt des Fahrtenhefts  
(Papier — A4)

*Wortlaut in der Amtssprache oder in den oder einer der Amtssprachen des Mitgliedstaats, in dem der Verkehrsunternehmer niedergelassen ist*

STAAT, IN DEM DAS HEFT AUSGEGEBEN WIRD                      Zuständige Behörde  
— Nationalitätszeichen — (\*)

HEFT Nr. ....

Fahrtenblätter:

a) für grenzüberschreitende Gelegenheitsverkehre mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten, ausgegeben aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 684/92

b) für Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen durch Verkehrsunternehmer innerhalb von Mitgliedstaaten, in denen sie nicht ansässig sind, ausgegeben aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 12/98

für: .....

(Name und Vorname oder Bezeichnung der Firma des Verkehrsunternehmens)

.....

.....

(Vollständige Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer)

.....

.....

(Ort und Datum der Ausgabe)

.....  
(Unterschrift und Stempel der Behörde oder der Stelle, die das Fahrtenheft ausgibt)

## Fahrtenheft — zweites Deckblatt

*Wortlaut in der Amtssprache oder in den oder einer der Amtssprachen des Mitgliedstaats, in dem der Verkehrsunternehmer niedergelassen ist*

## Wichtiger Hinweis

**A. ALLGEMEINE GEMEINSAME BESTIMMUNGEN FÜR DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN GELEGENHEITSVERKEHR UND FÜR KABOTAGEBEFÖRDERUNGEN IM GELEGENHEITSVERKEHR**

1. Nach Artikel 11 Absatz 1 und Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 sowie Artikel 6 Absätze 1, 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 12/98 ist bei Beförderungen im Gelegenheitsverkehr ein Kontrollpapier — das Fahrtenblatt — mitzuführen.

2. In den in Nummer 1 genannten Verordnungen wird Gelegenheitsverkehr definiert als „Verkehrsdienste, die nicht der Begriffsbestimmung des Linienverkehrs einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs entsprechen und für die insbesondere kennzeichnend ist, daß auf Initiative eines Auftraggebers oder des Verkehrsunternehmens selbst vorab gebildete Fahrgastgruppen befördert werden“.

Andererseits wird der Linienverkehr definiert als „die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsverbindung, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können. Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Buchungspflicht für jedermann zugänglich.“

Die Regelmäßigkeit des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, daß die Betriebsbedingungen des Linienverkehrs angepaßt werden.

Als Linienverkehr gilt unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluß anderer Fahrgäste, soweit solche Verkehrsdienste gemäß Nummer 1.1 betrieben werden. Solche Verkehrsdienste werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet.

Zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählen insbesondere:

- a) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte;
- b) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt;
- c) die Beförderung von Angehörigen der Streitkräfte und ihren Familien zwischen Herkunftsland und Stationierungsort.

Die Regelmäßigkeit der Sonderformen des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, daß der Ablauf wechselnden Bedürfnissen der Nutzer angepaßt wird.“

3. Das Fahrtenblatt gilt für die gesamte Fahrtstrecke.

4. Der Inhaber der Gemeinschaftslizenz und des Fahrtenblattes ist berechtigt, folgende Verkehrsdienste durchzuführen:

- a) grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten;
- b) Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen durch Verkehrsunternehmer innerhalb von Mitgliedstaaten, in denen sie nicht ansässig sind.

5. Das Fahrtenblatt ist entweder vom Verkehrsunternehmer oder vom Fahrer vor Beginn einer jeden Fahrt in doppelter Ausfertigung auszufüllen. Eine Durchschrift des Fahrtenblattes verbleibt am Sitz des Unternehmens. Das Fahrtenblatt ist den Kontrollberechtigten auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

6. Nach Beendigung der Fahrt händigt der Fahrer das Fahrtenblatt dem Unternehmen aus. Der Verkehrsunternehmer ist für die Führung der Fahrtenblätter verantwortlich. Die Blätter sind in leserlicher und dauerhaft Schrift auszufüllen.

## Fahrlenblatt — drittes Deckblatt

**B. BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN GELEGENHEITS-VERKEHR**

1. Nach Artikel 2 Nummer 3.1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 unterliegt die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die bestehenden Liniendiensten vergleichbar und auf deren Benutzer ausgerichtet sind, der Pflicht zur Genehmigung.
2. Im Rahmen eines grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs kann ein Verkehrsunternehmer örtliche Ausflüge in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem er niedergelassen ist, durchführen. Diese örtlichen Ausflüge sind nur für gebietsfremde Fahrgäste bestimmt, die zuvor von demselben Verkehrsunternehmer im Rahmen eines grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs befördert wurden. Dabei muß dasselbe Fahrzeug oder ein Fahrzeug desselben Unternehmens bzw. derselben Unternehmensgruppe eingesetzt werden.
3. Bei örtlichen Ausflügen ist das Fahrlenblatt vor der Abfahrt des Fahrzeugs für den betreffenden Ausflug auszufüllen.
4. Wird ein grenzüberschreitender Gelegenheitsverkehr von einer Gruppe von Verkehrsunternehmen betrieben, die für Rechnung desselben Auftraggebers tätig sind, und nehmen die Fahrgäste dabei gegebenenfalls bei einem anderen Verkehrsunternehmen derselben Gruppe eine Anschlußverbindung auf der Strecke wahr, muß sich das Original des Fahrlenblattes in dem diesen Dienst ausführenden Fahrzeug befinden. Eine Durchschrift dieses Fahrlenblattes befindet sich am Sitz jedes betreffenden Unternehmens.

**C. BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR KABOTAGEBEPFÖRDERUNGEN IM GELEGENHEITS-VERKEHR**

1. Vorbehaltlich der Anwendung der Gemeinschaftsregelung unterliegt die Durchführung von Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Aufnahmemitgliedstaats in folgenden Bereichen:
  - a) für den Beförderungsvertrag geltende Preise und Bedingungen;
  - b) Fahrzeuggewichte und -abmessungen; diese Gewichte und Abmessungen dürfen gegebenenfalls die im Niederlassungsmitgliedstaat des Verkehrsunternehmens geltenden Gewichte und Abmessungen, keinesfalls aber die in der Konformitätsbescheinigung vermerkten technischen Normen überschreiten;
  - c) Vorschriften für die Beförderung bestimmter Personengruppen, und zwar Schüler, Kinder und in ihrer Bewegungsfähigkeit beeinträchtigte Personen;
  - d) Lenk- und Ruhezeiten;
  - e) Mehrwertsteuer (MwSt.) auf die Beförderungsdienstleistungen; dabei gelten für Leistungen gemäß Artikel 1 dieser Verordnung die Bestimmungen des Artikels 21 Absatz 1 Buchstabe a) der Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern — Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/95/EG<sup>(2)</sup>.
2. Für die bei der Kabotagebeförderung eingesetzten Fahrzeuge gelten dieselben technischen Bau- und Ausrüstungsnormen wie für die zum grenzüberschreitenden Verkehr zugelassenen Fahrzeuge.
3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten einzelstaatlichen Vorschriften werden von den Mitgliedstaaten auf die nichtansässigen Verkehrsunternehmer unter denselben Bedingungen wie gegenüber ihren eigenen Staatsangehörigen angewandt, damit jede offenkundige oder versteckte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Niederlassungsorts tatsächlich ausgeschlossen ist.
4. Bei Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr sind die Fahrlenblätter vom Verkehrsunternehmer an die zuständige Behörde oder Stelle des Niederlassungsmitgliedstaats gemäß den von dieser festzulegenden Bedingungen zurückzusenden<sup>(3)</sup>.
5. Bei der Durchführung von Kabotagebeförderungen in Sonderformen des Linienverkehrs ist das Fahrlenblatt in Form einer monatlichen Aufstellung auszufüllen und vom Verkehrsunternehmer an die zuständige Behörde oder Stelle des Niederlassungsmitgliedstaats gemäß den von dieser festzulegenden Bedingungen zurückzusenden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 145 vom 13. 6. 1977, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 338 vom 28. 12. 1996, S. 89.

<sup>(3)</sup> Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können diesen Punkt 4 durch Auskünfte zu der Stelle, die mit der Entgegennahme der Fahrlenblätter betraut ist, sowie zu den Modalitäten der Weiterleitung dieser Informationen ergänzen.



